

**Info Agrarpolitik****31. Mai 2012**

## Agrarpolitik 2014-2017: Beratungen im Parlament sind lanciert

Am 21. und 22. Mai hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrates die Behandlung der Agrarpolitik 2014-2017 mit der Anhörung der verschiedenen Anspruchsgruppen begonnen. Diese Anhörung zeigte wie vor einem Jahr die Vernehmlassung nochmals sehr deutlich, dass die Erwartungen und Ansprüche der verschiedenen Kreise an das Reformpaket sehr weit auseinandergehen. Umso wichtiger ist, dass die Organisationen und Vertreter der Bäuerinnen und Bauern möglichst geschlossen auftreten und ihre zentralen Anliegen gemeinsam vertreten.

Weststrasse 10

Postfach

CH-3000 Bern 6

Telefon 031 359 51 11

Telefax 031 359 58 51

smp@swissmilk.ch

www.swissmilk.ch

**swissmilk**

In einem intensiven Prozess unter der Führung des Schweizerischen Bauernverbandes sind seit der Veröffentlichung der Botschaft des Bundesrates insgesamt 31 Anträge mit den entsprechenden Begründungen für die parlamentarischen Beratungen ausgearbeitet und vorbereitet worden, welche die wichtigen Anliegen von Seiten der Landwirtschaft beinhalten. Diese Anträge werden nun von den bäuerlichen Kommissionmitgliedern in die am 18. Juni beginnenden Beratungen eingebracht.

Erfreulicherweise ist es dank aktiver Mitwirkung gelungen, alle wesentlichen Anliegen von Seiten der Milchproduzenten in das Paket des Bauernverbandes einzubringen. Zum einen sind dies die marktbezogenen Forderungen betreffend

- die Präzisierung und Beibehaltung der Mindestanforderungen für die Milchkaufverträge,
- die unveränderte Beibehaltung der Zulagen für verkäste Milch von 15 Rappen pro kg und für silagefrei produzierte Milch von 3 Rappen pro kg sowie
- die Aufhebung der einschränkenden Vorgaben für die Erteilung der Allgemeinverbindlichkeit für Massnahmen der Produzenten- und Branchenorganisationen.

Zum andern sind es bei den Direktzahlungen die Forderungen nach einer leistungsbezogenen Ausgestaltung der Versorgungssicherheitsbeiträge (angemessene Abstufung der Beiträge auf der Grünfläche in Abhängigkeit des Tierbesatzes) sowie die Umlagerung eines zusätzlichen Teils der Übergangsbeiträge in Versorgungssicherheitsbeiträge. Die vorgeschlagene spezifische Förderung der graslandbasierten Milch- und Fleischproduktion durch Produktionssystembeiträge beurteilt die SMP insbesondere wegen der fraglichen Wirkung und dem zu erwartenden administrativen Aufwand weiterhin kritisch.

Angesichts des grossen Spektrums an Ansprüchen und Erwartungen bleibt die Durchsetzung der bäuerlichen Anliegen zur Agrarpolitik 2014-2017 im Parlament eine grosse Herausforderung. Nach den Beratungen in der WAK wird sich zeigen, bei welchen Anträgen im Hinblick auf die Behandlung im Nationalrat – und dann auch im Ständerat – noch zusätzliche Überzeugungsarbeit bei den Parlamentariern zu leisten ist. Und sollte die Vorlage letztlich nicht genügend im Sinne der produzentenseitigen Anträge verbessert werden, bleibt auch die Ablehnung der Vorlage eine mögliche Option.

SMP-PSL / Kurt Nüesch

